

## Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche wurde von den schrecklichen Ereignissen im Nahen Osten überschattet. Fast zwei Wochen sind seit dem abscheulichen Angriff der Hamas auf Israel vergangen. Dieser hat beispielhaft gezeigt, welche Rolle soziale Medien in Konflikten einnehmen können und wie schnell sich Propaganda über diese Plattformen verbreitet. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Zuckerberg und Co. es zulassen, dass die Hamas-Propaganda als Megaphon für Hassreden über ihre Kanäle verbreitet wird.



Wir müssen nun die Flagge des Friedens hochhalten. Barbarei darf sich nicht durchsetzen, und ein legitimes Recht auf Selbstverteidigung darf nicht zur Ausübung von Rache und Vergeltung missbraucht werden. Meine Solidarität liegt bei den Opfern und ihren Liebsten. Ich verurteile die Ermordung von Unschuldigen aufs Schärfste.

Gleichzeitig beobachte ich die sich stets verschlimmernde humanitäre Situation mit Sorge. Ich denke nicht, dass die EU genug für die Region getan hat. Das volle Ausmaß dieser Katastrophe werden wir erst in den nächsten Tagen und Wochen zu sehen bekommen. Die öffentlichen Aussagen unserer EU-Kommissionspräsidentin, dass „niemals EU-Geld zur Hamas geflossen“ sei, halte ich dabei für äußerst blauäugig!

Dass Ursula von der Leyen und Parlamentspräsidentin Roberta Metsola als Erste vor Ort in Israel waren spricht für sie und uns! Und es spricht gegen den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und den Präsidenten des Europäischen Rats, Charles Michel. Zwei Totalausfälle.

Um uns herum toben vier Kriege und Putin zündelt an allen vier Fronten. Das ist die Realität! Da geht die gute Nachricht diese Woche nahezu unter! Polen hat gewählt: Die PiS-Partei hat keine Mehrheit mehr gegen Europa. Und Donald Tusk, ehemaliger Vorsitzender der EVP, hat sich neu erfunden.

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### Der Krieg in Israel

Das Europäische Parlament hat am 19. Oktober in einer fraktionsübergreifenden Entschlie-  
ßung den Hamas-Terror gegen Israel verurteilt. Dazu erklären:

**Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Wir stellen uns heute als Europäisches Parlament mit aller Entschiedenheit an die Seite Israels. Die barbarischen Angriffe der terroristischen Hamas, die mit beispielloser Grausamkeit zur Ermordung von mehr als 1400 Israelis geführt haben, sprengen den Rahmen des Vorstellbaren. Die Terrororganisation Hamas hat in ihrem grenzenlosen Vernichtungswillen diesen Krieg begonnen. Israel hat alles Recht, sich zu verteidigen. Jetzt muss es auch darum gehen, dass humanitäre Güter bei der Bevölkerung im Gazastreifen ankommen. Eine humanitäre Pause des Konflikts, wie das Europäische Parlament sie heute gefordert hat, entspricht der Forderung der EU-Mitglieder im UN-Sicherheitsrat. Es ist wichtig, dass die EU hier mit einer Stimme spricht.“

**Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:

„Die Existenz und die Sicherheit Israels sind nicht verhandelbar. Für Terror gibt es keine Rechtfertigung oder mildernde Umstände. Wir unterstützen Israel dabei, die Terrororganisation Hamas zu besiegen. Demokraten müssen im Kampf gegen den Terror zusammenstehen. Die EU muss weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun, die von den Terroristen entführten Geiseln, darunter auch viele EU-Bürger, freizubekommen. Wir fordern die Palästinensische Autonomiebehörde sowie die umliegenden arabischen Staaten auf, Druck auf die Hamas auszuüben und sich klar von den Gräueln zu distanzieren. Nur so kann eine weitere Eskalation vermieden werden. Gemeinsam mit Israel, Ägypten und der internationalen Gemeinschaft muss auch weiteres, unermessliches humanitäres Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen verhindert werden.“

Hintergrund:

Die Entschließung wurde von den Fraktionen der EVP, S&D, Renew Europe, Grünen und ECR getragen.

---

Zu den Äußerungen des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zum Umgang der EU mit der Situation in Israel, erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament am 15. Oktober:

„Es war von unschätzbarem Wert, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Parlamentspräsidentin Roberta Metsola im Lichte der aktuellen Ereignisse schon am Freitag gemeinsam nach Israel gereist sind. Europa steht an der Seite des israelischen Volkes und des Staates Israel. Ohne Wenn und Aber. Es war wichtig, diese europäische Solidarität sofort mit Leben zu füllen und zügig Gespräche zur Verbesserung der Situation mit der israelischen Regierung und Premierminister Netanjahu zu führen.“

Der Besuch von von der Leyen und Metsola war umso wichtiger, da der nun kleinlich öffentlich seine Zuständigkeit anmeldende Außenbeauftragte Borrell bislang nicht nur in dieser Krise völlig ausfällt. Meiner Kenntnis war er in seiner gesamten Amtszeit noch nicht einmal in Israel, geschweige denn hat er seit den Terroranschlägen offiziell Kontakt mit

der israelischen Regierung aufgenommen. Auch Ratspräsident Michel hat bislang bis auf pflichtschuldige Telefonate keine besonderen Aktivitäten gezeigt. Weiteres Zögern der EU durfte es nicht geben. Der Besuch zweier der höchsten Repräsentanten der EU war wichtig und das richtige politische Signal.

Wie jeder andere Staat hat Israel das Recht, und die Pflicht, sich zu verteidigen und seine Bevölkerung zu schützen. Ursula von der Leyen und Roberta Metsola haben Gespräche geführt, wie dieser Konflikt eingeeht werden kann und Israel dabei unterstützt werden kann, Hamas unter Wahrung der Menschenrechte der Zivilbevölkerung und dem Schutz von Zivilisten zu besiegen. Mit den legitimen Bestrebungen des palästinensischen Volkes hat die antijüdische Terror-Ideologie der Hamas nichts zu tun. Deshalb steht die Europäische humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung auch nicht in Frage. Es geht darum, Zivilisten zu schützen. Gleichzeitig werden alle anderen existierenden Fonds und deren Verwendung im Lichte des jüngsten Geschehens überprüft. Unverändert gilt: kein Cent für Terror."

---

Zur aktuellen Situation in Israel und der europäischen Reaktion darauf erklären **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Europagruppe am 11. Oktober:

"Nach dem barbarischen Terrorangriff der Hamas auf Israel sitzt unsere Trauer noch immer tief. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt unseren israelischen Freunden. Wir stehen an der Seite Israels. Die Existenz und die Sicherheit Israels sind nicht verhandelbar.

Ein sofortiger Stopp aller direkt und indirekt an staatliche - oder nichtstaatliche palästinensische Organisationen fließenden EU-Mittel, mit Ausnahme der international abgestimmten humanitären Hilfen, ist für die EU der einzig folgerichtige Schritt. Als Grundprinzip für alle EU-Mittel muss jederzeit gewährleistet sein: Kein Cent für Terror. Wer Israels Existenz infrage stellt, darf kein Geld erhalten. Wir erwarten auch eine kritische Prüfung der Arbeit von UNWRA im Rahmen des UN-Hilfsprogramms für Palästina. Leider lässt die Rückverfolgbarkeit der Mittelverwendung bei internationalen Organisationen mitunter zu wünschen übrig. Wir brauchen die größtmögliche Transparenz."

---

Zur Ankündigung der EU-Kommission, EU-Zahlungen für Palästinenser auszusetzen, erklärt **Niclas Herbst (CDU)**, Stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses am 9. Oktober:

"Die Ankündigung von EU-Kommissar Oliver Varhelyi, alle EU-Gelder für die Palästinenser einzufrieren, ist das einzig richtige Signal in diesen schweren Stunden für Israel. Es steht außer Frage, dass die Kommission nach den fürchterlichen Attacken auf Israel durch die Hamas nicht einfach so weitermachen kann wie bisher. EU-Gelder dürfen nicht an Terroristen fließen. Es ist deshalb richtig, jetzt alle Projekte auf den Prüfstand zu stellen."

---

Diese Woche legte das Plenum des Europäischen Parlaments seine Schwerpunkte für den Haushalt der EU für das Jahr 2024 fest. Dabei geht es um die Budgetierung sämtlicher EU-Gelder für 2024, inklusive Geldern für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-

Flüchtlinge (UNWRA). Dazu erklären **Monika Hohlmeier (CSU)**, parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses und **Niclas Herbst (CDU)**, Stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses am 9. Oktober:

„EU-Mitteldürfen weder direkt noch indirekt der Hamas und anderen Terrororganisationen in Palästina zugutekommen. Angesichts der Tatsache, dass der unmenschliche Terror ungeachtet der Arbeit von UNWRA im Rahmen des UN-Hilfsprogramms für Palästina weitergeht und sogar schlimmer wird, ist die Überweisung von hunderten Millionen Euro aus dem EU-Haushalt in diese Region nicht zu rechtfertigen. Wir fordern die Einfrierung aller Zahlungen bis der Terror gegen Israel aufhört und eine sichere und verantwortungsvolle Verausgabung für humanitäre Zwecke gesichert werden kann, zumal die Palästinensische Autonomiebehörde bislang zu wenig Offenheit und Transparenz zeigt.“

### **Sacharow-Preis für geistige Freiheit geht dieses Jahr an iranische Frauenbewegung**

Das Europäische Parlament verleiht den renommierten Sacharow-Preis für geistige Freiheit in diesem Jahr an Jina Mahsa Amini und die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ im Iran . Hierzu erklärt der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, **Michael Gahler (CDU)**:

„Europa unterstützt die friedlichen Bemühungen der Iraner im Streben nach Menschenrechten und Freiheit. Iranische Frauen und Menschenrechtsverteidiger, die trotz Schwierigkeiten und Repressionen ihre Aktivitäten fortsetzen, haben unsere volle Solidarität. Heute erkennen wir den Wunsch der iranischen Frauen für demokratische und freiheitliche Werte an.“

Die Brutalität, mit der das Regime im Iran gegen Frauen in ihrem Streben nach Menschenrechten und Freiheit vorgeht, ist zutiefst verabscheuungswürdig. Das hat nicht erst die Ermordung von Jina Mahsa Amini durch die iranischen Behörden gezeigt. Europa darf nicht müde werden, auf diese furchtbaren Missstände immer wieder hinzuweisen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen gegen ihren Willen gezwungen werden, einen Schleier zu tragen, aus Angst vor gewaltsamen Repressalien oder sogar dem Tod.“

#### Hintergrund:

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament verliehen. Die Präsidentin des Europaparlaments wählt gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden den endgültigen Preisträger aus. Nominiert waren in diesem Jahr neben Jina Mahsa Amini und den iranischen Frauen auch Vilma Núñez de Escorcía und Bischof Rolando José Álvarez Lagos aus Nicaragua, sowie Justyna Wydrzyńska (Polen), Morena Herrera (El Salvador) und Colleen McNichols (USA) als Frauen, die für freie, sichere und legale Abtreibung kämpfen. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wird am 13. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Parlaments verliehen. Er wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen und ist nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt.

## Abstimmung über Euro 7 im Umweltausschuss

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat am 12. Oktober den von Christdemokraten, Konservativen und Liberalen getragenen Kompromiss für die neue Abgasnorm Euro 7 angenommen. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer der EVP-Fraktion:

„Ich freue mich, dass heute eine Mehrheit für einen realistischen Ansatz bei den neuen Abgasgrenzwerten gestimmt hat. Damit erreichen wir eine Verbesserung der Luftqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir verhindern aber auch eine zusätzliche Belastung der Industrie, die schon den Umstieg auf die Elektromobilität bewältigen muss. Der Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen in der EU hat für uns als EVP Priorität.

Erst vor wenigen Monaten haben Grüne und Sozialdemokraten das Verbrennerverbot ab 2035 beschlossen. Es ist geradezu absurd, die Automobilindustrie nun mit scharfen Euro 7-Regeln zu hohen Investitionen in eine auslaufende Technologie zwingen zu wollen. Das überfordert die Hersteller und treibt den Preis für die Verbraucher massiv in die Höhe.

Grüne und Sozialdemokraten haben hier ein falsches Spiel gespielt. Sie sind mit unrealistischen Forderungen in die Verhandlungen gestartet. Statt aber während der Verhandlungen einzulenken, haben sie erst nach Abschluss der Verhandlungen ihre Blockadehaltung aufgegeben. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten wäre es gut gewesen, wenn sie sich im Parlament früher kompromissbereit gezeigt hätten.“

### Hintergrund:

Der verabschiedete Text setzt auf eine weitgehende Beibehaltung der unter Euro 6 bewährten Testverfahren bei gleichzeitiger Verschärfung der Schadstoffgrenzwerte. So sollen beispielsweise die Grenzwerte für Stickoxidemissionen bei LKW gegenüber der Euro 6-Norm um 60% gesenkt werden.

## Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Am 9. Oktober hat sich der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments zur Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (sustainable use of plant protection products "SUP") positioniert. Dazu erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Agrarausschusses:

„Bei der Abstimmung zur Stellungnahme des Agrarausschusses zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln wurde ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Gebieten bereits bei der Begriffsbestimmung entschärft. Mit der Streichung der Definition der ‚ökologisch empfindlichen Gebiete‘ stellen wir uns klar gegen das Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlichen Flächen. Wir appellieren nun an den federführenden Umweltausschuss, unseren Standpunkt ernst zu nehmen. Sollte unsere Stimme nicht ausreichend im parlamentarischen Entwurf reflektiert sein, werden wir die Debatte im Plenum weiterführen.“

## Entscheidung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen

Das Europäische Parlament hat am 18. Oktober mit einer knappen Mehrheit die Regeln zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen, die die Standards für die Berichterstattung im Detail festlegen, bestätigt. Ein Antrag von Mitgliedern der EVP-Fraktion und der Gruppe der Liberalen, die die Zurückweisung des Vorschlags der Kommission beantragt hatten, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe:

„Das heutige Votum ist das falsche Signal. Wir müssen doch Bürokratie abbauen und es dürfen doch nicht wieder neue detaillierteste Vorgaben für die Berichtspflichten der Unternehmen kommen. Wir überfordern unseren gesunden Mittelstand mit diesen Vorgaben, gerade in Zeiten, in denen dieser bereits durch die hohen Energiepreise, Inflation, steigende Zinssätze und dem Fachkräftemangel extrem gefordert ist. Der Verwaltungsaufwand für unseren Mittelstand nimmt immer weiter zu. Wir erweisen unseren mittelständischen Unternehmen mit diesen Detailregulierungen einen Bärenienst und schwächen unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit.“

### Hintergrund:

Nach den neuen sog. ESRS-Regeln (European Sustainability Reporting Standards) müssen alle börsennotierten Unternehmen sowie Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von mindestens 40 Millionen Euro bzw. einer Bilanzsumme von mindestens 20 Millionen Euro künftig über alle möglichen wesentlichen Risiken für Mensch und Umwelt berichten, die sich aus den eigenen Geschäftsaktivitäten sowie den Aktivitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Unternehmens ergeben könnten. Danach muss beispielsweise berichtet werden, wie Bevölkerungsgruppen entlang der gesamten Wertschöpfungskette eines Unternehmens von deren Aktivitäten betroffen sein könnten, sogar dann, wenn es positive Auswirkungen gibt. Die neuen Regeln für Nachhaltigkeitsberichterstattung gelten ab 2024 für große Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, ab 2025 für Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern und ab 2026 dann auch für kleine und mittlere Unternehmen, die an der Börse notiert sind.

Aktuelle Prognosen zeigen, dass die europäische Wirtschaft stark unter Druck steht. Unternehmen verlagern ihre Standorte zunehmend in Drittländer. Vor kurzem forderte die Bundesregierung in einem deutsch-französischen Papier, Bürokratie abzubauen. Dies fordert die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bereits seit Jahren.

## Entscheidung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen

Die EU-Kommission stellte am 17. Oktober ihr Arbeitsprogramm für 2024 vor. Dazu erklären:

**Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

„2024 wird für die EU-Institutionen ein Jahr des Übergangs. Die Kommission setzt den richtigen Rahmen für das Wahljahr und reduziert die noch in dieser Legislaturperiode kommende neue Gesetzgebung. Es entspricht einer guten Praxis, nicht kurz vor knapp noch neue Gesetzgebungsvorschläge zu veröffentlichen, die dann erst vom neu gewählten Parlament bearbeitet werden könnten. Die Kommission beschränkt sich in den wichtigsten

Bereichen auf das nötigste. Das ist vor allem für unsere Landwirte, Industrie und Mittelstand eine gute Nachricht. Die Kommission hat verstanden, sich in Zeiten von Krieg und Unsicherheit auf das Wesentliche zu konzentrieren und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zur Priorität zu machen. Ebenfalls positiv ist, dass die Kommission den Rufen nach einer Revision der hochkomplexen Chemiekalienregulierung REACH widerstanden hat."

**Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Dieses Programm ist eine vernünftige Basis für das kommende Jahr. Endlich gibt es erste konkrete Vorschläge auf dem Weg zu dem Ziel, 25 Prozent der Berichtspflichten abzubauen. Eine gute Nachricht für unseren gesunden Mittelstand ist insbesondere die Zurückstellung der Sektor-Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung um 2 Jahre. Trotzdem fehlt noch einiges bis das 25 Prozent Ziel erreicht ist. Dieses Arbeitsprogramm nimmt leider nur die Gesetzgebung aus dem Jahr 2023 und kommende Vorschläge für 2024 unter die Lupe. Auch die Gesetzgebung vorheriger Jahre muss dringend einbezogen werden, denn alleine in den Jahren 2020 bis 2022 wurden von der Kommission 129 Vorhaben angestoßen. Die sich daraus ergebenden Lasten müssen auch berücksichtigt werden. Besonders unser Mittelstand wartet in Zeiten von hohen Energiepreisen, Inflation und Fachkräftemangel dringend auf Entlastung. Hier kommt es jetzt auf die zügige Umsetzung an."

Das Arbeitsprogramm habe ich Ihnen in der Kategorie „Lesenswert“ verlinkt.

## Strategische Technologien für Europa

Das Europäische Parlament hat sich am 17. Oktober zur Plattform für strategische Technologien für Europa (Strategic Technologies for Europe Platform, "STEP") positioniert. Dazu erklärt **Christian Ehler (CDU)**, industrie- und forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Co-Berichtersteller des Europaparlaments:

"Der STEP-Vorschlag der Kommission war ein klassischer Fall von gut gemeint, aber nicht so gut gemacht. Mit zusätzlichen 10 Milliarden Euro (geht es nach dem Europaparlament 13 Milliarden Euro) will Europa strategische Technologien fördern, die der Schlüssel dafür sein werden, dass die disruptive Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft gelingen wird. Gleichzeitig soll die Verordnung drei verschiedene und konkurrierende Ziele erfüllen: die Herstellung der notwendigen Technologien zur Erreichung unserer Klimaziele in 2030 und 2050, die Vergrößerung der Souveränität Europas gegenüber dem Rest der Welt und außerdem die Stärkung der Kohäsion zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Als EVP konnten wir den Text wesentlich verbessern, um Kohärenz zwischen dieser Verordnung und anderer industriepolitischer Gesetzgebung, wie dem Net-Zero Industry Act und dem Critical Raw Materials Act, herzustellen. Durch diesen Bericht entsteht nun zum ersten Mal ein industrie- und innovationspolitisches Paket aus Ordnungspolitik und zugehöriger Finanzierung, um unseren Unternehmen eine strukturierte Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit zu geben.

Auch nach der heutigen Plenarabstimmung bleibt das Thema Kohäsion problematisch. Neue Mittel für den Innovationsfonds, die Deutschland als größter Nettozahler leisten soll, und die Nutzung der bereits zugeteilten Kohäsionsmittel des Regionalfonds EFRE dürfen, wenn es nach Kommission und einer Mehrheit im Parlament geht, nur in ärmeren Mitgliedsstaaten und in nicht voll entwickelten Regionen Europas genutzt werden. Deutschland wäre vollständig von den neuen Mitteln aus dem Innovationsfonds abgeschnitten, obwohl

es das meiste Geld beisteuern müsste. Gleichzeitig dürften die industriereichen Regionen West- und Süddeutschlands ihre eigenen Strukturfondsmittel nicht zur Stärkung ihrer dortigen Industrie nutzen, sobald sie Technologien herstellen, die unter STEP fallen. Ich habe mich als Berichterstatter vehement gegen diese Vorgaben gestemmt, da diese uns sehr viel weiter weg von der Erreichung der Klima- und Unabhängigkeitsziele der EU bringen. Durch den US-amerikanischen Inflation Reduction Act sollte jedem klar sein, dass wir uns im globalen Wettbewerb befinden, nicht im innereuropäischen. An dieser Stelle auf Kohäsion als Antwort auf die globalen Herausforderungen zu setzen, ist ein völlig fehlgeleiteter Ansatz, zumal gerade für Kohäsion bereits heute große Teile des EU-Haushalts aufgewendet werden. Auch die deutsche Bundesregierung lehnt diese Punkte entschieden ab.

Mit dieser sinnlosen Debatte um Umverteilung geben wir den Regierungen der Mitgliedsstaaten und dem Rat die Steilvorlage, warum sie dieses Finanzierungsinstrument ablehnen sollten. Es ist deshalb bemerkenswert, dass die zuständigen deutschen Kollegen von SPD und Grünen diese für Deutschland problematischen punkten unterstützen, da die Bundesregierung das völlig anders sieht und sich im Rat aktiv dagegen positioniert. So droht STEP ein für Deutschland sinnloses und gleichzeitig teures Instrument zu werden. Als CDU/CSU unterstützen wir die Bemühungen der deutschen Bundesregierung, aus STEP ein für alle Mitgliedstaaten sinnvolles Instrument zu machen. Die Bundesregierung sollte es sich jedoch nicht zu einfach machen. Sie darf sich durch die Verfolgung fiskalischer Partikularinteressen nicht aus der Verantwortung für die notwendigen Investitionen für die grüne und digitale Transformation herausstellen."

#### Hintergrund:

STEP ist Teil der Vorschläge der EU-Kommission zur Aufstockung des laufenden mehrjährigen EU-Finanzrahmens für die Zeit von 2024-2027 und soll die langfristige Wettbewerbsfähigkeit in Europa fördern. Sobald sich auch die Mitgliedstaaten zu dem Vorschlag positioniert haben, können die Trilogverhandlungen beginnen.

### **Positionierung zu Ukraine-Fazilität**

Das Plenum hat sich am 17. Oktober zur Ukraine-Fazilität positioniert. Dazu erklärt **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter für das Dossier:

„Die EU wird die Ukraine weiterhin umfänglich unterstützen. Neben der akuten militärischen Unterstützung, müssen wir jetzt auch an den Wiederaufbau des Landes denken. Mit der Ukraine-Fazilität im Gesamtwert von 50 Milliarden Euro senden wir ein wichtiges Signal aus: Noch während des Krieges beginnen Ukrainer und die EU an der gemeinsamen europäischen Zukunft zu arbeiten. Die Mitgliedstaaten müssen jetzt ihren Teil dazu beitragen, damit die Überarbeitung des langfristigen EU-Haushalts bis zum Ende dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen wird. Das Langfrist-Ziel ist der EU-Beitritt der Ukraine.

Die Ukraine-Fazilität kombiniert die Prozesse des Wiederaufbaus, der Modernisierung und der Heranführung an die EU. Für den Wiederaufbau wird die Ukraine einen sogenannten „Ukraine-Plan“ vorlegen. Dieser wird von der Regierung vorbereitet, muss aber auch mit den Gemeinden und Regionen sowie mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Darüber hinaus wollen wir sicherstellen, dass die EU-Haushaltsmittel effizient und mit klarer Kontrolle und Transparenz verwendet werden. Anti-Korruptionsmaßnahmen und -behörden arbeiten bereits oder sind auf den Weg gebracht worden.



Es ist sehr wichtig, dass die Ukraine nicht nur den Krieg gewinnt, sondern auch die Demokratie auf allen Ebenen stärkt und nachhaltigen Wohlstand für ihre Bürgerinnen und Bürger schafft. Die EU wird dem Land dabei zur Seite stehen.“

Hintergrund:

Die Ukraine-Fazilität umfasst 50 Milliarden Euro und setzt sich aus Zuschüssen (17 Milliarden Euro) und Darlehen (33 Milliarden Euro) zusammen. Sie ist Teil des Revisionspakets des Mehrjährigen Finanzrahmens. Ziel ist es, der Ukraine von 2024 bis 2027 vorhersehbare finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau und die Heranführung an die EU zu gewähren. Mit der heutigen Abstimmung können nun die Verhandlungen zwischen Parlament und Mitgliedstaaten beginnen.

## Mein Mittelfranken

### Besuch im Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Nürnberg

In einer Welt, die oft von visuellen Eindrücken geprägt ist, vergessen wir manchmal, wie kostbar das Geschenk des Sehens ist. Sehr eindrücklich bewusst wurde mir das bei meinem Besuch im Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Nürnberg. Mein Kollege Peter-Daniel Forster und ich haben uns über das Angebot und die Leistungen des bbs Nürnberg informiert. Fazit: Dort wird großartige Arbeit geleistet, damit Menschen mit Sehbeeinträchtigung ihren Alltag bestmöglich meistern können.

Die jährliche Woche des Sehens erinnert uns daran, wie wichtig unsere Augen für unser tägliches Leben sind. Schließen Sie Ihre Augen für einen Moment und denken Sie darüber nach, wie sich das Leben für Menschen mit Sehbeeinträchtigung anfühlt. Die Erfahrung kann uns Sehenden helfen, mehr Empathie für Menschen mit Sehbehinderung zu entwickeln und die Bedeutung des Sehens mehr zu schätzen.

### Landfrauentag am 15. Oktober

Unsere Landfrauen sind unverzichtbar in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen: Sie melken, ackern, machen die Buchhaltung, führen mit ihren Ideen und ihrer Umsetzungskraft Betriebe in die Zukunft. Viele von ihnen sind auch im Ehrenamt aktiv. Diese Leistungen verdienen nicht nur am Weltlandfrauentag höchste Anerkennung!

Wir müssen darauf hinarbeiten, dass Frauen weltweit gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben wie ihre männlichen Kollegen. Dazu gehören Zugang zu Bildung, Qualifizierung und Finanzierung. Das bedeutet für mich auch, dass wir die Förderinstrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik immer wieder auf den Prüfstand stellen und in der Entwicklungspolitik noch gezielter Frauen fördern.

## Welternährungstag am 16. Oktober

Theoretisch gibt es genug zu essen. Aber nur theoretisch. Die Realität sieht anders aus.

Am 16. Oktober war Welternährungstag. Dieser Tag soll in Erinnerung rufen, wie viele Millionen Menschen nicht genug zu essen haben. Gemeinsam können wir auch etwas dagegen tun: Lebensmittelverschwendung reduzieren, ein gerechtes und nachhaltiges Ernährungssystem fördern, faire Lieferketten unterstützen und auf regionale und saisonale Landwirtschaft achten.

Für ein weltweites Ziel: Landwirtschaft und Bauern stärken und so den Hunger bekämpfen!

## Herzensangelegenheiten

### #MentalHealthMatters - gerade auch in der Landwirtschaft



Arbeit von früh bis spät, kaum Pausen, wirtschaftlicher Druck, keine Anerkennung: Bei Landwirtinnen und Landwirten kann „der schönste Beruf der Welt“ auch eine gravierende Belastung werden. Depressionen und Burnout sind in der Branche keine Seltenheit, aber selten wird darüber gesprochen und die Erkrankung thematisiert.

Meine Überzeugung: Gesunde Tiere und gesunde Betriebe brauchen einen gesunden Bauern/eine gesunde Bäuerin. Achten wir aufeinander und werden wir sensibler für Warnzeichen bei uns und anderen. Denn: Unsere mentale Gesundheit ist wichtig!

### Oktober ist Brustkrebsmonat

Gemeinsam können wir auf die Krankheit aufmerksam machen. Brustkrebs ist unter allen Krebsarten der am häufigsten diagnostizierte Tumor. Doch frühzeitig erkannt und behandelt, stehen die Heilungschancen gut. Die EU setzt sich für einen besseren Gesundheitsschutz von Frauen ein. Lasst uns gemeinsam aufklären, unterstützen und kämpfen, um Brustkrebs zu besiegen.

## Lesenswert

### Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2024

Lesen Sie hier das [englischsprachige Arbeitsprogramm](#) der Europäischen Kommission für 2024 das im Rahmen dieser Plenartagung vorgestellt wurde. Das zugehörige deutschsprachige Factsheet finden Sie [hier](#).

## EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

---

### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)

[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.